



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 06.04.2022, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Bericht zur Aufnahmesituation von Geflüchteten aus der Ukraine - mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

EBMin **Schmetz** informiert über die Aufnahmesituation von Geflüchteten aus der Ukraine anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Die sozialen Warenläden melden einen deutlichen Zuwachs und dies sei ein Zeichen für die Zunahme der Armut. Hilfssysteme, insbesondere auch für Kinder und vereinfachte Verfahren, beispielsweise über die Ludwigsburg Card, müssen aufgebaut werden. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt nach dem Anmeldeprocedere und Kostenübernahme für die Vhs Sprachkurse. Zudem wünscht sie Ansprechpartner bei der Pädagogischen Hochschule für Stipendienprogramme.

Die Breite der Thematik sei aufgezeigt worden, merkt Stadtrat **Meyer** an. Er spricht seinen Dank an die gesamte Stadtgesellschaft aus. Er geht von einer langen Zeitdauer und einem grausamen Krieg gegen die Zivilgesellschaft aus. Er befürchtet eine kommende Ernährungskrise und weitere Flüchtlinge auch aus anderen Ländern. Solidarität in Europa sei sehr wichtig. Neben den Geflüchteten aus der Ukraine dürfen die anderen Flüchtlinge und sozial Schwächere nicht vergessen werden. Er hofft auf viele ehrenamtliche Strukturen, Neugründungen und Reaktivierungen.

Stadträtin **Moersch** dankt ganz herzlich der Ersten Bürgermeisterin und ihrem Team sowie der gesamten Stadtgesellschaft. Sie fragt, wie sich die PH mit Sprachkursen einbringen könne.

Stadträtin **Metzger** schließt sich dem Dank an und lobt das schnelle, konsequente und umfassende Handeln der Verwaltung. Jedoch sollen auch die anderen Flüchtlinge nicht vergessen werden. Die unklare Situation in der Ukraine mache eine Perspektive schwierig.

Stadtrat **Heer** spricht von einer gesamtgesellschaftlichen und europäischen Aufgabe. Er spricht ebenso seinen Dank an die Verwaltung und Bürgerschaft aus. Weiter fragt er nach der Möglichkeit einer Haftpflichtübernahme für die Geflüchteten.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. An der pädagogischen Hochschule gebe es den Ausbildungsgang Sprachförderung und sie biete die Qualifikation für die Sprachkursleitungen mit Deutsch als Fremdsprache an. Die Ausbildungskapazitäten werden gegebenenfalls erweitert, so

TOP 1 **Bericht zur Aufnahmesituation von
Geflüchteten aus der Ukraine
- mündlicher Bericht**

die Rücksprache mit dem Rektor. Ein Netzwerk erarbeitet Konzepte, um die Sprachförderung aufzubauen. Die Kosten für die Integrationskurse und beruflichen Kurse werden vom Bund übernommen. Selbstkosten fallen keine an. Im Servicecenter wird auf das Angebot der Vhs hingewiesen. Alle Erstberatungsstellen verweisen ebenso auf die Sprachkurse. Das ehrenamtliche Engagement in der Bürgerschaft sei sehr groß, lobt sie. Sie geht auf das Projekt Connect ein, welches temporär in der Erstberatung aushelfe. Den Mitarbeitern seien teilweise Überstunden angeordnet worden. Private Wohnungen können auch durch die Verwaltung angemietet werden, falls vom Vermieter gewünscht.

TOP 2 **Schulentwicklungsplanung - Anpassung der
Schulbezirke 6 und 8**

Vorl.Nr. 035/22

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie informieren über die Anpassung der Schulbezirke anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt und gehen auf die Mitteilungsvorlage ein.

In Ludwigsburg sei es für Familien schwer eine Wohnung zu finden, fügt EBMin **Schmetz** hinzu. Fast die Hälfte bleibe bei Wegzug im Kreis. Dies sei ein Indikator dafür, dass sie eigentlich nicht weg wollen. Man müsse beim Thema Wohnen mehr machen als bisher, merkt sie zum angespannten Wohnungsmarkt an und eröffnet die Aussprache.

Es sei zum Nachteil der Stadt eine Entspannung in der Entwicklung eingetreten, merkt Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** an. Die Kommunen müssen sich verjüngen. Die jungen Bewohner werden der Stadt fehlen. Das Thema Sicherheit sei wichtig. Der Schulweg müsse sicher und von den Kindern alleine machbar sein. Dies komme auch der älteren Bevölkerung zugute. Die Weiterentwicklung müsse beobachtet werden. Sie spricht die Ukrainesituation an und merkt an, dass eventuell mehr Plätze in den Schulen gebraucht werden.

Vor zwei Jahren sei dieses Thema heftig diskutiert worden. Die Entwicklung sei für die Stadtentwicklung nicht gut, so Stadtrat **Meyer**. Baugebiete sollen schnell aufgesiedelt werden. Er wünscht Angaben zu den Auswirkungen in der Prognose und Berichterstattung im zweiten Quartal, auch im Hinblick auf die Ukraine Krise.

Der neu geschaffene Wohnraum sei für Familien oft zu klein und dazu nicht bezahlbar. Das müsse man ändern, meint Stadträtin **Moersch**. Familien streben zu mehreren Kindern. Kinder sollen in einem schönen adäquaten Umfeld aufwachsen. Sie erinnert ebenso an die vorangegangene Diskussion und sieht die Entwicklung diesbezüglich positiv.

Die Schulbezirke müssen immer wieder angepasst werden, so Stadträtin **Metzger**. Dies ergebe die Praxis. Vermutlich werde man keine Lösung finden, mit der alle zufrieden sind. Die jetzige Lösung sei sinnvoll.

TOP 2

Schulentwicklungsplanung - Anpassung der Schulbezirke 6 und 8

Vorl.Nr. 035/22

Stadtrat **Heer** fügt hinzu, dass das Wachstum einer Stadt auch Grenzen habe. Dem Wohnraum müsse auch die Infrastruktur folgen. Er fragt nach der Zielperspektive der Stadtentwicklung.

EBMin **Schmetz** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 3

**Studierende Willkommen – StuWiCard
Konzeptionelle Weiterentwicklung**

Vorl.Nr. 093/22

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bürgerdienste, sowie ein **Mitarbeiter** von LUIS und eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung informieren über die Weiterentwicklung der StuWiCard anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt und gehen auf die Mitteilungsvorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** lobt das Engagement des Teams. Eine Verknüpfung mit Veranstaltungen in der Innenstadt solle überlegt werden. Sie fragt, ob nach der Umfrage ein Anstieg der Registrierungen zu verzeichnen war.

Insgesamt solle das Angebot für junge Menschen in der Stadt verbessert werden, meint Stadträtin **Dr. Traub**. Es gebe keinen Club zum Tanzen, bemängelt sie. Zudem fragt sie, warum die Card wenig bekannt sei, obwohl diese bei der Erstsemesterveranstaltung vorgestellt werde. Insgesamt sei die Arbeit und Kooperation innovativ und interessant, müsse jedoch gemeinsam mit den Studierenden weiter bekannt gemacht werden. Sie will wissen, ob alle Hochschulen in die Befragung eingebunden wurden.

Stadtrat **Dengel** dankt für die Umfrage. Hier können Ansatzpunkte herausgearbeitet und weitere

Angebote geschaffen werden.

Stadtrat **Maier** fragt nach der prozentualen Annahme pro Hochschule. Man könne die erfolgreichen Werbemaßnahmen auf die anderen Hochschulen, mit einer weniger guten Annahme, übertragen.

Stadtrat **Heer** fragt nach den Kosten für die Stadt im Vergleich zu den Einnahmen. Das Angebot sei gut und attraktiv.

Bei der Erstsemesterveranstaltung gebe es sehr viel Input, da stehe die Card nicht an erster Priorität, so eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung, die bis vor kurzem selbst Studentin war und die Umfrage im Zuge ihrer Bachelorarbeit erstellt hat.

Die Card werde hauptsächlich in der Gastronomie genutzt, fügt der **Leiter** des Fachbereiches Bürgerdienste hinzu. Um dieses Angebot auszubauen, wolle man weitere Bars und Locations anwerben. Er geht weiter auf die Kosten, die Erstwohnsitzanmeldungen und den Finanzausgleich

TOP 3

**Studierende Willkommen – StuWiCard
Konzeptionelle Weiterentwicklung**

Vorl.Nr. 093/22

ein. Aus der Umfrage versuche man ein Verbesserungspotential herauszufiltern. Eine prozentuale Aufteilung nach den Hochschulen sei momentan nicht möglich. Die meisten Umfrageteilnehmer gehören der Hochschule für öffentliche Verwaltung an.

EBMin **Schmetz** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 4

**Digitalisierung VHS
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch die **Leiterin** der Volkshochschule (Fachbereiches Bildung und Familie) zur Digitalisierung der Volkshochschule anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** zeigt sich zufrieden. Sie fragt nach den verschiedenen Online-Tools. Digitale Elternkurse seien sinnvoll, da beide Elternteile teilnehmen können und für diese Zeit keine Kinderbetreuung notwendig ist, so ihre eigene Erfahrung.

Man dürfe die gesundheitlichen Probleme des Digitalen nicht unterschätzen. Dies fange bei Nackenschmerzen an und reiche bis hin zu psychischen Problemen, so Stadträtin **Dr. Traub**. Sie ist dankbar für die Arbeit der Volkshochschule in der Erwachsenenbildung, auch hinsichtlich sozialer Aspekte. Schnell sei auf die neue Situation reagiert worden, lobt sie.

Die Volkshochschule sei nicht nur Erwachsenenbildung, sondern auch die Knüpfung von Kontakten,

meint Stadträtin **Moersch**. Die Herausforderungen der Pandemie und der Ukraineflüchtlinge werden angenommen.

Corona sei eine große Herausforderung gewesen, merkt Stadtrat **Maier** an. Er fragt nach den Entwicklungen der Kursanmeldungen, Kursangeboten und der Fluktuation bei den Kursleitenden sowie nach den Schulungen für die Kursleitenden. Weiter interessiert ihn, ob man durch die Digitalisierung ein neues Personenkontext gewinnen konnte und ob Evaluationstools genutzt wurden. Er sieht in Blended Learning eine zukünftige Neugestaltung der Bildung. Er dankt für das Engagement.

Die **Leiterin** der Volkshochschule (Fachbereiches Bildung und Familie) geht auf die offenen Fragen ein. Je nach Kurszusammensetzung brauche man unterschiedliche Videokonferenz-Tools. Man müsse in Richtung Medienkompetenz noch weiter ausbauen. Soziale Kontakte und Begegnungen werden gewollt. Dennoch werden künftig Mischkonzepte angeboten und auf die Bedürfnisse eingegangen. Sie geht weiter auf die Anmeldezahlen und die hohen Ausfallquoten ein. Evaluationstools seien genutzt worden und durchweg positiv ausgefallen. Überwiegend seien die Teilnehmenden weiblich.

EBMin **Schmetz** spricht ihren Dank aus und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 5 **Vorstellung und Jahresausblick des Fachbereiches Kunst und Kultur - mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** führt in das Thema ein. Anfang des Jahres habe es durch den Zuschnitt des Fachbereiches Kunst und Kultur eine wesentliche Veränderung im Dezernat II gegeben und sich das Aufgabenportfolio in der Dezernatsleitung geändert. Sie geht auf die interne Klausur ein. Im Herbst sei eine Klausur mit dem Gremium geplant.

Es erfolgt ein Bericht durch die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Kultur liege im Wesen der Stadt Ludwigsburg und alle haben Zugang zur Kultur, so der Leitfaden.

EBMin **Schmetz** heißt den Fachbereich im Ausschuss herzlich willkommen und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** freut sich auf die Zusammenarbeit. Aufgrund der Pandemie und die Akquise weiterer Zielgruppen gebe es neue Herausforderungen und Aufgaben. Sie fragt nach den Anmeldezahlen für Veranstaltungen nach der Pandemie.

Der Dezernatswechsel biete auch viele Chancen und Synergien, so Stadtrat **Meyer**. Kultur sei ein prägender Teil der Stadtgesellschaft. Er geht weiter auf Beteiligung, Transparenz und Mitwirkungsrechte ein und regt einen Kunst- und Kulturbeirat an. Der Stadtverband für Musik und andere Bereiche, wie Jugendmusikschule, Tanz- und Theaterwerkstatt und Kunstschule, sollen eingebunden werden. Früher habe es zudem einen Beirat Soziales gegeben.

Stadträtin **Moersch** freut sich auf die gute Zusammenarbeit. Der Fachbereich Kunst und Kultur gehöre in dieses Dezernat. Es bestehe eine Vielfalt an Kultur in der Stadt. Der Verzicht während der Pandemie sei schmerzlich. Sie freut sich auf die Klausur und den direkten Austausch.

Stadträtin **Metzger** freut sich auf dieses neue Thema im Ausschuss und dankt für den Überblick.

Stadtrat **Heer** sieht den Fachbereich als Aushängeschild und Markenzeichen für die Stadt. Er freut sich auf die guten kulturellen Angebote und die Zusammenarbeit. Er dankt für die Darstellung der ganzen Palette des Kulturbetriebes in der Stadt.

Kultur und Sport sei jetzt in einem Dezernat, merkt Stadtrat **Prof. Vierling** an. Es gebe viele Berührungspunkte und solle nicht als Konkurrenz gesehen, sondern die Chancen genutzt werden.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** freut sich auch auf den Fachbereich. Die kleinstrukturierte Kultur finde ebenso ihren Platz. Die Schnittmenge sehe sie auch in der Stadtentwicklung und fragt nach dem weiteren Verbleib des Tiny House sowie weiterer Ideen im Zusammenhang mit der IBA.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur geht auf die offenen Fragen ein. Man verzeichne positive Entwicklungen in den Veranstaltungsteilnehmerzahlen. Jedoch gebe es Bereiche mit Laufpublikum. Hier müsse sich die Pandemielage noch beruhigen und eine Verlässlichkeit erreicht werden. Über digitale Angebote habe man versucht während der Pandemie das Publikum zu halten. Das Projekt Mikrohofhaus war sehr erfolgreich und mehrfach preisgekrönt, jedoch für eine begrenzte Nutzung ausgerichtet. Man habe es einer privaten Firma übergeben und werde dort auf dem Firmengelände aufgebaut. Der Fachbereich Kultur sei beim Thema IBA einbezogen und in der Projektgruppe involviert.

TOP 5 **Vorstellung und Jahresausblick des
Fachbereichs Kunst und Kultur
- mündlicher Bericht**

EBMin **Schmetz** fügt hinzu, dass die Frage nach Beiratsstrukturen und Beteiligungsformen mitgenommen und intern beraten werde. Das Dezernat versuche alle Konzepte zusammen zu denken. Kultur und Sport unterstützen sich bisher schon gegenseitig. Sie dankt allen Beteiligten und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 6 **Annahme von Spenden, Schenkungen u.ä.
Zuwendungen 2. Halbjahr 2021**

Vorl.Nr. 117/22

Beschluss:

1. Die Spende der Kreissparkasse Ludwigsburg i. H. v. 50.000,00 EUR wird angenommen (Ifd. Nr. 61).

2. Die Spende der Sparda Bank Baden-Württemberg e.G. i. H. v. 17.000,00 EUR wird angenommen (Ifd. Nr. 73).
3. Alle weiteren in der Anlage 1 aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen werden gesammelt angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Befangenheit: Stadtrat Meyer

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Meyer** erklärt sich für befangen und nimmt im Zuschauerraum Platz.

Nachdem auf einen Sachvortrag und eine Aussprache verzichtet wird, lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.